

Symposium

Die Euro-Krise und das deutsche Modell der industriellen Beziehungen

30. November – 1. Dezember 2012

Tübingen

Die Krise und kollektive Verhandlungssysteme in Europa: Von der Krisenursache zur Krisenlösung?

Bernadette Allinger, Jörg Flecker, Christoph Hermann

Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA), Wien



EU-Wirtschaftsregulierung

- Euro-Plus-Pakt, „Sixpack“ und „europäisches Semester“
- Verfahren zur Vermeidung von übermäßigen wirtschaftlichen Ungleichgewichten
- Scoreboard zur Erfassung der Wirtschaftsleistung
- Kommission kann Korrekturmaßnahmen verordnen
- Strafdrohung bei mangelnder Umsetzung
- Tragweite zeigt sich an GR, IR, PT, IT, ES, HU ...

Austrittspolitik und „Strukturmaßnahmen“

- öffentliche Beschäftigung
- **Löhne**
- Arbeitszeit
- Arbeitsmarkt
- **Kollektive Vertragssysteme**
- Pensionen

Krisenpolitik in Europa

Europäische Kommission (DG ECFIN)

„Beschäftigungsfreundliche Reformen“:

- ⇒ Reduzierung der Generosität in der Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosengeld, Bezugsdauer usw.)
- ⇒ Abbau des Kündigungsschutzes
- ⇒ Ausdehnung des Renteneintrittsalters
- ⇒ Dezentralisierung der Tarifverhandlungen, Aufhebung des Günstigkeitsprinzips
- ⇒ Reduzierung der Tarifbindung
- ⇒ Allgemeine Reduzierung der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften



Veränderungen von Löhnen

Reduktion von Löhnen im öffentlichen Dienst	ET, GR, IR, IT, LV, LT PT, RO, ES, HU
Reduktion von Mindestlöhnen in der Privatwirtschaft	GR, IR
Einfrieren von Mindestlöhnen	ET, GR, LV, LT,
Kürzung von Überstundenzulagen	PT, GR
Vorübergehende betriebsbedingte Kürzungen	ES, ET, RO, GR

Lohnreduktion im öffentlichen Sektor (%)

		nominell	real
Estland (lokale Verw.)	2008-2011	- 7,7	- 15
Griechenland	2010-2013	- 33	- 40
Großbritannien	2010-2011	0	- 8,1
Irland	2008-2011	- 5,2	- 3,8
Italien	2010-2012	0 bis -10	-7,8 bis -17
Lettland	2008-2001	- 11,8	- 17,2
Litauen	2008-2011	- 8,9	- 17,6
Portugal	2009-2012	- 6 bis – 22	- 15,5 bis – 31,5
Rumänien (Verwaltung)	2008-2011	- 14,6	- 31,2
Spanien	2010-2011	- 5	- 9,4
Ungarn	2008-2011	- 9	- 19

Quelle: Labour Research Department 2012, Glassner 2012, eigene Recherchen

Entwicklung von Mindestlöhnen (%)

	2008	2009	2010	2011	2008-2011
Estland	- 10,6	- 0,4	- 2,7	- 0,9	- 14,6
Griechenland	- 1,3	+ 4,4	- 4,7	- 1,9	- 3,5 (-25,5)
Großbritannien	+ 0,1	- 0,9	- 1,1	- 2,0	- 3,9
Irland	- 3,3	+ 1,6	+ 1,7	- 2,6	- 2,6
Lettland	- 2,8	- 3,8	+ 11,3	- 4,3	+ 0,4
Litauen	- 11,1	- 4,5	- 1,2	- 4,1	- 20,9
Portugal	+ 2,9	+ 6,5	+ 5,5	- 3,7	+ 11,2
Rumänien	+ 12,1	- 5,7	+ 5,5	- 1,2	+ 10,7
Spanien	- 0,1	+ 1,9	- 0,5	- 3,2	- 1,9
Ungarn	- 2,4	- 1,1	+ 1,4	+ 15,3	- 2,1

Quelle: WSI

Veränderung von Verhandlungssystemen

Dezentralisierung der Kollektivvertragssysteme

Abschaffung oder Aussetzung von nationalen Kollektivverträgen	IR, RO
Abschaffung des Günstigkeitsprinzips	GR, ES
Zulassung von Ausnahmen und Abweichungen	IT
Stärkung von alternativen Vertretungen und von Betriebsräten auf Kosten der Gewerkschaften	GR, HU, PT

Schwächung der Kollektivvertragssysteme

Aussetzung und Reduzierung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen	GR, HU, PT, RO
Limitierung der Nachwirkung von Kollektivverträgen	ET, ES, GR
Einschränkung von Schlichtungsverfahren	GR

Eingriffe in Kollektivvertragssysteme

	Aussetzen geltender Kollektivverträge	GR
	Limitierung der Dauer von Kollektivverträgen	GR, RO

Schwächung der Gewerkschaften

	Strengere Repräsentationskriterien	RO
	Zulassung alternativer Repräsentationsorgane	GR

Veränderung von Löhnen und
Verhandlungssystemen anhand
ausgewählter Länderbeispiele:

Irland und Portugal

Irland – Eingriffe in Mindestlöhne

- Seit 2000 nationale Mindestlöhne (war vormals einer der höchsten in der EU)
- National Recovery Plan: Kürzung Mindestlöhne um 1€/Std (auf 7.65€)
- 5 Monate später (von neuer Regierung) wieder auf 8.65€ zurückgesetzt
- Zustimmung der Troika zur Erhöhung unter Bedingung dass Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber gesenkt werden

Portugal – Eingriffe in Mindestlöhne

- Beschluss Sozialpakt 2006: Erhöhung des Mindestlohns auf 500€ bis 2011 (d.h. zw. 2007 und 2011 jährliche Erhöhung um ca. 5,3%)
- Ziel wurde nicht erreicht, 2011 Mindestlohn von 486€, Einfrieren 2012 nach Empfehlungen der Troika (Memorandum of Understanding)
- MoU Zitat: „[...] the Government will commit that [...] any increase in the minimum wage will take place only if justified by economic and labour market developments and agreed in the framework of the programme review“

Irland – Löhne im öffentlichen Sektor

- Ab 2010 unilaterale Lohnkürzungen nach Scheitern der Verhandlungen mit Gewerkschaften
- Reduktion zwischen 5% bei Jahreseinkommen unter €30,000 und 15% bei Einkommen über €200,000 (20% PM); 250,000 öffentlich Bedienstete betroffen
- Croke Park Agreement 2010-2014: keine Gehaltskürzungen, dafür im Austausch Reformen des öffentlichen Sektors (z.B. Reduzierung des Personals; 4 Jahre Nulllohnstunden)

Portugal – Löhne im öffentlichen Sektor

- Progressive Lohnkürzungen 2011 für Monatsinkommen über €1,500
- Budget 2012: zeitweise Aufhebung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes (13. und 14. Monatsgehalt) für Beamte mit Einkommen über €1,000; darunter progressive Gehaltskürzungen für 13. und 14. Gehalt

Irland: Veränderung des kollektivvertraglichen Verhandlungssystems

- 2009 Zusammenbruch der Sozialpartnerschaft, d.h. Abschaffung der auf nationaler Ebene geführten Kollektivvertragsverhandlungen (nach 22 Jahren)
- Hintergrund: Regierung verlangte Neuverhandlung der Löhne im öffentlichen Dienst (Teil des Sozialpakts 2006); Lohnkürzung wurde gegen Willen der Gewerkschaft durchgesetzt
- Austritt der Arbeitgeber aus laufendem Abkommen
- Kollektivverträge nun auf Unternehmensebene; wenige Ausnahmen: Branchen-KVs z.B. in Bauwirtschaft, Einzelhandel, öffentlicher Sektor

Portugal: Veränderung des kollektivvertraglichen Verhandlungssystems

- Reform von Allgemeinverbindlichkeitsklärungen
- Portugal verpflichtete sich in Vereinbarung mit Triika zur Reform der quasi-automatischen AVEs: vor einer AVE müssen mind. 50% der Beschäftigten KV-gelassen sein
- Möglichkeit der Vereinbarung von Betriebs-KVs, die von Branchen-KVs abweichen
- Betriebs-KVs für Unternehmen ab 250 Beschäftigte (können von Betriebsräten geschlossen werden ohne Zustimmung der Gewerkschaft)
- Stärkung von alternativen Vertretungen und von Betriebsräten auf Kosten der Gewerkschaften

KRISENLÖSUNG???

Folgen

- Steigende Arbeitslosigkeit
- Sinkender Lebensstandard
- Zunehmende Prekarisierung
- Soziale und gesellschaftliche Fragmentierung
- Mangelndes Wirtschaftswachstum
- Schwächung der Gewerkschaften

Entwicklung der Arbeitslosigkeit

	2008	2009	2010	2011	2012	Unter 25
Estland	5,5	13,8	16,9	12,5	10,1	22,8
Griechenland	7,7	9,5	12,6	17,7	23,1	53,8
Großbritannien	5,6	7,6	7,8	8,0	8,0	21,7
Irland	6,3	11,9	13,7	14,4	14,9	30,7
Italien	6,7	7,8	8,4	8,4	10,7	35,3
Lettland	8,8	18,2	19,8	16,2	15,9	29,4
Litauen	5,8	13,7	17,8	15,4	13,0	25,6
Portugal	8,5	10,6	12,0	12,9	15,7	36,4
Rumänien	5,8	6,9	7,3	8,2	7,0	23,7
Spanien	11,3	18,0	20,1	21,7	25,1	52,9
Ungarn	7,8	10,0	11,2	10,9	10,8	28,6

Entwicklung des Wirtschaftswachstums (in %)

	2008	2009	2010	2011	2012
Estland	-3,0	-14,3	+2,3	+7,6	+1,8
Griechenland	-0,8	-3,3	-3,5	-6,9	-4,7
Großbritannien	-1,1	-4,4	+2,1	+0,7	+0,5
Italien	-1,2	-5,5	+1,8	+0,4	-1,4
Irland	-3,0	-7,0	-0,4	+0,7	+0,5
Lettland	-3,3	-17,7	-0,3	+5,5	+2,2
Litauen	+2,9	-14,9	+1,4	+5,9	+2,4
Portugal	0,0	-2,9	+1,4	-1,6	-3,3
Rumänien	+7,3	-6,6	-1,6	+2,5	+1,4
Spanien	+0,9	-3,7	-0,1	+0,7	-1,8
Ungarn	+0,9	-6,8	+1,3	+1,7	-0,3

Rolle der Gewerkschaften

- Schwächung der Gewerkschaften auf nationaler Ebene
- Generallstreiks, Massenproteste auf nationaler Ebene, aber kaum Europäisierung der Proteste mit wenigen Ausnahmen (Europäische Aktionstage gegen Austeritätspolitik)
- Grund? Unterschiedliches Ausmaß an Betroffenheit bzw. eher pro-europäische Einstellung der europäischen Gewerkschaftsbünde

DANKE FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT!

www.foiba.at